



Die Inklusion nicht noch weiter verschieben

Jahrelang war bei der Inklusion in Niedersachsen, auch und vor allem im Bildungsbereich, Stillstand. Obwohl die UN-Behindertenkonvention längst auf Bundesebene ratifiziert worden war, saß die letzte Landesregierung den fälligen Aktionsplan zur Umsetzung aus. Mit dem Regierungswechsel kam Bewegung in die Debatte. In erfreulich hohem Tempo wurden alle Weichen auf Grün gestellt. Das gefiel nicht jedem. Manche Eltern und ein paar Lehrerverbände machten öffentlichen Druck. Das hat jetzt offensichtlich leider Erfolg. Mehr und mehr knickt die rot-grüne Landesregierung ein und drosselt das Inklusionstempo. Im Februar-Plenum des Landtages hat die Regierungskoalition den Zeitplan gelockert. Nicht mehr 2018, sondern 2024 soll Inklusion an Niedersachsens Schulen Realität sein. SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer findet deutliche Worte: „Entweder will man die Inklusion – oder man will sie nicht. Wir hätten uns Standhaftigkeit erhofft – Paradigmen-Wechsel sind nie bequem umsetzbar.“

Der SoVD gewinne mehr und mehr den Eindruck, dass die Inklusion aufgrund des Drucks auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden soll. Erst 2024 soll der Umbau an Niedersachsens Schulen abgeschlossen sein – sechs Jahre später als geplant. Bauer findet, dass das „nah an Realsatire ist.“

Natürlich sei es richtig beschrieben, auch von der Opposition, dass erforderliche

Ressourcen fehlen. Mehr Geld, mehr Personal und mehr Fortbildung seien zwingend erforderlich. Außerdem müsse das Werben für die Inklusion weiter optimiert werden. Bauer: „Der berechnete Wunsch der Ministerin, Inklusion besser zu vermitteln, darf aber nicht eine so lange Verzögerung bedeuten.“ Nach ihrem guten Start im Jahr 2013 habe die neue Landesregierung einige unnötige Umwege eingeschla-



Foto: Panthermedia/Lisa Young

Niedersachsen sollte die schulische Inklusion nicht auf die lange Bank schieben.

gen. „Wir sind nicht mehr auf dem richtigen Weg. Lassen Sie uns nicht noch weiter vom Kurs abkommen“, fordert Bauer.

Zufrieden ist der SoVD mit der Entscheidung, die Förderschulen mit Schwerpunkt

Sprache (Sprachheilschulen) zu erhalten. Damit sei ein Hauptkritikpunkt, gerade von Eltern, ausgeräumt. Umso weniger verstehe er, dass auch an anderen Stellschrauben gedreht werde. „Die Inklusion in

Niedersachsen braucht wieder neuen Schwung. Wir als Niedersachsens größter Sozialverband werden am Ball bleiben und die weitere Entwicklung kritisch würdigen“, macht der Landesvorsitzende deutlich. *bi*



Achtung, Trickbetrüger

Die Deutsche Rentenversicherung warnt vor Trickbetrügern, die in ihrem Namen versuchen, an das Geld von Rentnern zu kommen.

Unter dem Absender der Rentenversicherung werden ältere Menschen angeschrieben und aufgefordert, 756,86 Euro auf ein fremdes Konto zu überweisen. Die Begründung: Der Betrag sei ihnen im vergangenen Jahr zu viel gezahlt worden. Der Rentenversicherer warnt davor, dieser Forderung nachzukommen. Dem Brief beigelegt ist ein ausgefülltes Überweisungsformular. Wer den Betrag einzahle, verhindere eine Sperre seiner

Rentenbezüge, ist im Schreiben nachzulesen. Anschließend erhielten die Rentner 457,90 Euro zusätzlich zur bisherigen Rente. Dies beruhe auf Änderungen bei der Pflegeversicherung.

Wer einen derartigen Brief erhält, sollte sich nicht verunsichern lassen – und auf keinen Fall das Geld überweisen. Tipps, wie man sich in solchen Fällen verhalten sollte, geben die Experten unter Tel.: 0800/1 000 480 10. *DRV*



Inklusionspreis: Jetzt bewerben

Sie setzen sich in Ihrem ehrenamtlichen Engagement besonders für das Thema Inklusion ein? Oder Sie sind Journalist und haben sich in besonderer Art und Weise mit dem Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung beschäftigt? Dann bewerben Sie sich für den Inklusionspreis des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e. V.!

Im Rahmen seiner diesjährigen Landesverbandstagung lobt der SoVD in Niedersachsen zwei Preise aus: den Ehrenamts- und den Medienpreis. Beim Ehrenamtspreis Inklusion zeichnet der Verband Projekte innerhalb und außerhalb des SoVD aus, die in besonderer Art und Weise die Inklusion vor Ort voranbringen. Teilnehmen können Ehrenamtliche, die sich in Vereinen, Bürgerinitiativen, Nachbarschaftshilfen oder Ähnlichem engagieren.

Für den Medienpreis können sich Journalisten aus dem Print-, Online- oder Rundfunkbereich aus ganz Niedersachsen bewerben.

Beide Preise sind insgesamt mit mehr als 5 000 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 1. Mai 2015. Weitere Informationen zur Ausschreibung und zur Teilnahme gibt es im Internet unter: www.sovd-nds.de. *sj*

